

# Wege zu mehr Beschäftigung

## Konzepte für neue Arbeitsplätze



Franz

Weidenfeld



### Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort

„Das Wichtigste in der Politik ist Mut“, sinnierte Henry Kissinger einmal aus langjähriger Erfahrung. „Sachverstand kann man sich notfalls kaufen, aber Mut muss man selbst haben.“ Für Professor Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, könnte die Notwendigkeit dafür derzeit kaum größer sein: Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse um fast zwei Millionen innerhalb von zehn Jahren, strukturelle Kostensteigerungen und Liquiditätsengpässe in den sozialen Sicherungssystemen – die Liste der Probleme sei lang und jedes Einzelne bekannt. Man könne sie nicht dieser Großen Koalition anlasten, sagte Prof. Eilfort, die sie tragenden Parteien seien indes durchaus – in verschiedenen Konstellationen – beteiligt oder hätten sie lange ignoriert. Die Große Koalition sei mit dem erklärten Ziel angetreten, Lösungen zu suchen und diese – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – auch umzusetzen. Die Stiftung Marktwirtschaft wollte daher auf ihrer Tagung „Wege zu mehr Beschäftigung“ aufzeigen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Ursula Weidenfeld, stellvertre-

tende Chefredakteurin des Tagesspiegels. Prof. Eilfort betonte, dass der Arbeitsmarkt kein abgeschlossenes Biotop bilde, sondern vielmehr Teil eines Gesamtsystems sei. Eine nachhaltige Reform für mehr Beschäftigung dürfe sich daher nicht allein auf die Arbeitsmarktpolitik beschränken, sondern müsse auch das Steuer- und Abgabensystem, den Bürokratieabbau und die sozialen Sicherungssysteme einbeziehen. Bei der Arbeitsmarktordnung gehe es vor allem darum, Spielräume für mehr Flexibilität zu schaffen. Exemplarisch verwies Prof. Eilfort auf betriebliche Bündnisse für Arbeit und die Reform des Kündigungsschutzes. Wege zu mehr Beschäftigung führten eben nur über einen Arbeits„markt“, der seinen Namen verdiene. Anstatt des im Endeffekt doch nur leeren Wortgeklingels wie Job-Aktiv, Jump oder Ich-AG sei eine Rahmenordnung, die für Freiheit und Wettbewerb stünde, unerlässlich. Die Wirtschaft, so Prof. Eilfort, wachse am besten, wenn man ihr Raum dafür lasse.



### Im Titelbild von links:

Prof. Wolfgang Franz

Dr. Ursula Weidenfeld  
Tagesspiegel

Fritz Kuhn MdB

Dagmar Wöhrl MdB

Prof. Michael Eilfort  
(unten rechts)

### Mit Beiträgen von

2 Dagmar Wöhrl MdB  
Staatssekretärin, CSU

3 Prof. Dr. Dr. h.c. mult.  
Wolfgang Franz  
Kronberger Kreis

4 Fritz Kuhn MdB  
Bündnis 90/Die Grünen

# Was ist zu tun?

## Die wirtschaftspolitische Agenda der Großen Koalition

*Dagmar Wöhl MdB  
CSU*

*ist Parlamentarische  
Staatssekretärin beim  
Bundesminister für  
Wirtschaft und Technologie*

Staatssekretärin Dagmar Wöhl MdB gab den Teilnehmern zu Beginn der Veranstaltung Einblick in die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Pläne der Regierungskoalition. Sie stimmte mit Prof. Eilfort darin überein, dass die Beschäftigungsproblematik nur gelöst werden könne, wenn ein umfassendes Gesamtkonzept verfolgt werde. Dieses Gesamtkonzept müsse sich insbesondere den Herausforderungen stellen, die aus der fortschreitenden Globalisierung und der Alterung der Bevölkerung resultierten. Von daher sei es das Ziel der Bundesregierung, international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für in Deutschland tätige Unternehmen zu schaffen. Hierzu gehöre zum einen die Reform der Unternehmensbesteuerung, wobei die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen von derzeit rund 38 % auf ca. 30 % gesenkt werden müsse. Zum anderen sei eine Senkung der Lohnzusatzkosten entscheidend. Zwar bemühe sich die Bundesregierung, das Niveau der Lohnzusatzkosten für 2007 auf unter 40 % zu senken. Berücksichtige man jedoch die im Zuge der demographischen Alterung bedrohliche Entwicklung in der Kranken- und Rentenversicherung sowie das auseinanderklaffende Verhältnis zwischen der Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter und Transferempfänger, so sei die Nachhaltigkeit der Lohnnebenkostensenkung in Frage gestellt. Weitere Reformschritte, wie z.B. die möglichst weitgehende Abkopplung der Arbeits- von den Gesundheitskosten, seien daher erforderlich. Besonderen Anlass zur Sorge gebe zudem die Struktur der Arbeitslosigkeit. So sei in Deutschland sowohl der Anteil der Langzeitarbeitslosen als auch der gering Qua-



lifizierten an der Gesamtheit der Arbeitslosen sehr hoch. Daher komme dem Niedriglohnsektor eine besondere Bedeutung zu. Noch hätten die Diskussionen um die Einhaltung des Lohnabstandsgebots, den Kündigungsschutz sowie Kombi- und Mindestlöhne zu keiner Einigung in der Großen Koalition geführt. Klar sei aber, dass die Zielsetzung die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes sein müsse. Ein Mindestlohn sei hingegen der völlig falsche Weg. Koalitionsintern ebenfalls umstritten sei der Bereich der betrieblichen Bündnisse. Staatssekretärin Wöhl sprach sich für eine Flexibilisierung aus, betonte aber gleichzeitig, dass eine entsprechende Zustimmung der SPD aller Voraussicht nach nicht zu erreichen sei. Sie zeigte sich jedoch verhalten optimistisch, mit dem Koalitionspartner eine Einigung erzielen zu können, auf die zuvor noch im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung befristeter Arbeitsverhältnisse zu verzichten.



Auf die Publikumsfrage des mittelständischen Unternehmers Fritz Borgers nach dem Mut und den Grenzen der Großen Koalition antwortete Staatssekretärin Wöhl mit der Gegenfrage nach den Alternativen zu einer Großen Koalition. Außerdem seien „viele kleine Gesetze“ beschlossen worden, die immer auch ein kleines Stück Freiheit zurückgeben würden.

# Arbeitsmarktreformen

## für mehr Beschäftigung

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult.  
Wolfgang Franz*

*ist Mitglied  
des Kronberger Kreises  
und Präsident des  
ZEW Mannheim*

„Was wir in Deutschland beobachten, ist ein Phänomen, ein Spezifikum der Arbeitslosigkeit, nämlich Verfestigung.“ Mit diesen Worten beschrieb Professor Franz den Anstieg der Arbeitslosenquote, der sich in Deutschland stufenartig vollziehe und von Dauer sei. Im Gegensatz zu den USA, deren Arbeitslosenquote nach einer Erhöhung regelmäßig auf ein gleichbleibendes Niveau zwischen fünf und sechs Prozent zurückkehre, unterliege die Arbeitslosigkeit in Deutschland einem kontinuierlichen Aufwärtstrend.

Besonders betroffen von dieser Entwicklung seien zwei Gruppen auf dem Arbeitsmarkt: die gering Qualifizierten und die Langzeitarbeitslosen. Da beide Personenkreise nicht deckungsgleich seien, würden folglich auch zwei unterschiedliche Lösungsansätze benötigt. Hinsichtlich der gering Qualifizierten empfahl

das Mitglied des Kronberger Kreises und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik eine Doppelstrategie: Zum einen müssten entsprechende Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Zum anderen sollte dafür Sorge getragen werden, dass die gering qualifizierten Arbeitslosen diese Arbeitsplätze dann auch annehmen. Damit Arbeitsplätze entstünden, müssten die Löhne im Bereich gering qualifizierter Arbeit allerdings deutlich sinken. Nur so könnten Tätigkeiten, die aufgrund zu geringer Produktivität bislang in die Schattenwirtschaft abgewandert seien, in den ers-

ten Arbeitsmarkt zurückgeholt werden. Dies setze jedoch voraus, dass die Tarifvertragsparteien in die Pflicht genommen werden. Denn in der Vergangenheit habe die Lohnpolitik dazu geführt, dass die Kosten gering qualifizierter Arbeit überproportional gestiegen und die unteren Lohngruppen zum Teil einfach weggefallen seien. Ohne eine konstruktive Ausrichtung der Lohnpolitik sei daher jeder Reformversuch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wenn nötig müssten die geringen Löhne im Sinne einer Mindesteinkommenssicherung durch staatliche Transfers aufgestockt werden.



Um gering qualifizierte Arbeitslose dazu zu bewegen, die neu entstandenen Arbeitsplätze auch anzunehmen, müsse sichergestellt werden, dass sich ein ALG II-Empfänger durch die Arbeitsaufnahme immer wesentlich besser stelle, als ein arbeitsfähiger Transferempfänger ohne Arbeit. Dies werde beispielsweise erreicht, indem einerseits die Hinzuverdienstgrenze erhöht und andererseits das ALG II-Niveau für nicht arbeitende Empfänger drastisch abgesenkt werde. Ein solches System könne man dann auch als „Kombilohn“ bezeichnen. Eine Absage erteilte Prof. Franz hingegen an jede Form von Mindestlöhnen. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigten, dass ein Mindestlohn, wenn er denn greift, die Arbeitslosigkeit erhöhe.

Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gestalte sich, so Prof. Franz, ebenfalls außerordentlich schwierig. Einen Lösungsansatz sehe er allerdings in einer Dynamisierung des Arbeitsmarktes, beispielsweise mit Hilfe einer Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Ebenso böte sich eine Erweiterung des Günstigkeitsprinzips dahingehend an, Arbeitsplatzsicherheit im Tausch gegen längere Wochenarbeitszeiten gesetzlich zuzulassen.

Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gestalte sich, so Prof. Franz, ebenfalls außerordentlich schwierig. Einen Lösungsansatz sehe er allerdings in einer Dynamisierung des Arbeitsmarktes, beispielsweise mit Hilfe einer Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Ebenso böte sich eine Erweiterung des Günstigkeitsprinzips dahingehend an, Arbeitsplatzsicherheit im Tausch gegen längere Wochenarbeitszeiten gesetzlich zuzulassen.



## Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen:

# Welche Therapie wirkt?

*Fritz Kuhn MdB*

*ist Vorsitzender der  
Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen*

Fritz Kuhn MdB ließ an seinen Prioritäten keinen Zweifel: „Angenommen, Sie würden mir zehn Mrd. Euro geben, dann würde ich – eingedenk aller sozialen Probleme, die wir in Deutschland haben – diese zehn Mrd. Euro ausschließlich in Schulen und Forschung investieren – und sonst nichts!“ Gerade als Exportland mit hohem Technologiestandard sei es wichtig, Bildungs- und Forschungspolitik zukunftsicher zu gestalten. Fritz Kuhn befürchtet, dass für „die Technologiesprünge, die wir übermorgen brauchen,“ heute nicht die entsprechende Vorsorge getroffen werde. In diesem Zusammenhang kritisierte er die im Rahmen der Föderalismusreform forcierte „bildungspolitische Kleinstaatelei“. Man müsse sich vielmehr auf die „Wissengesellschaft“ vorbereiten. Dabei reiche es nicht, dass der Staat sich darauf beschränke, Rahmenbedingungen für den Markt zu schaffen, sondern Gesellschaft und Politik müssten auch weiterhin Ziele vorgeben, an denen die Wirtschaft ihr Innovationspotential ausrichten könne. Neue Technologien tragen zur Entstehung neuer Arbeitsplätze bei. Gleichzeitig gelte es jedoch, Bürokratiehemmnisse und Subventionen abzubauen, da diese die



Innovationsfähigkeit der Unternehmen lähmten. Darüber hinaus müssten die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen in der Gründungsphase verbessert werden.

Das zweite große beschäftigungspolitische Problem in Deutschland sieht Fritz Kuhn in der unzureichenden Realisierung von Dienstleistungsarbeitsplätzen. Gerade im Hinblick auf etwa fünf Millionen Vollzeitarbeitsplätze, die zur Zeit in der Schattenwirtschaft vermutet würden, müssten Möglichkeiten gefunden werden, wie diese in legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen überführt werden könnten. Hauptansatzpunkt hierfür sei die Senkung der Lohnzusatzkosten für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte. Die Sozialstaatsfinanzierung entlang der Lohnarbeit sei hingegen falsch. Als einen Lösungsansatz verwies er auf das Progressivmodell von Bündnis 90/Die Grünen. Dieses sehe ein allmähliches Ansteigen der Lohnnebenkosten vor, bei dem erst ab einem Entgelt von 2.000 Euro der Sozialversicherungssatz von derzeit rund 42 % voll greifen würde. Auf diese Weise könnten viele Tätigkeiten aus der Schwarzarbeit herausgeholt und zu regulären Arbeitsplätzen umgewandelt werden: „Die Bekämpfung der Schwarzarbeit muss in erster Linie über die Kostenseite, d.h. bei den Lohnnebenkosten erfolgen.“

Schließlich ermahnte er die Bundesregierung, ihre Politik stärker antizyklisch an der konjunkturellen Wirtschaftslage auszurichten. So sei es ordnungspolitisch „völliger Unsinn“, in Zeiten anziehenden Wirtschaftswachstums die Staatsschulden erneut ansteigen zu lassen, insbesondere mit der Kenntnis um die ungünstigen demographischen Bedingungen. Ebenso kritisierte er die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung, deren Einnahmen nicht vollständig im Sinne einer strukturell empfehlenswerten Sozialstaatsfinanzierung verwendet würden. Damit käme es abermals nicht zu einer strukturellen Entlastung des Arbeitsmarktes.

Die Tagung fand am 22. Juni 2006 statt.

### Impressum

Susanna Hübner (v.i.S.d.P.)  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstr. 60  
10117 Berlin  
Tel: (030) 206057-33  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)